



Kürzungen in der Gesundheitsversorgung: Eine Kampfansage an uns alle

Der von der Bundesregierung beschlossene Gesetzentwurf zu Einsparungen in der gesetzlichen Krankenversicherung ist eine Kampfansage an uns alle – sowohl als Versicherte als auch Beschäftigte im Gesundheitswesen. Arbeitnehmer*innen in Krankenhäusern, Reha-Kliniken, psychiatrischen Einrichtungen und in der ambulanten Pflege sind doppelt betroffen: Die Löhne sollen gedrückt, die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden – zugleich sollen Versicherte höhere Zuzahlungen und weniger Leistungen hinnehmen. Widerstand ist angesagt!

Es drohen Personalabbau und schlechtere Versorgung

Derzeit werden Tarifsteigerungen in Kliniken refinanziert. Durch das Pflegebudget werden die Ausgaben der Krankenhäuser für das Pflegepersonal am Bett vollständig erstattet. Beides soll nun verschlechtert werden. Die Kosten sollen in den kommenden drei Jahren sogar noch um jeweils ein Prozent weniger steigen als die allgemeine Lohnentwicklung und von neuen Tarifverträgen sollen nur noch die Hälfte über diesem Niveau refinanziert werden. Hinzu kommen weitere Kürzungen in den Krankenhausbudgets.

Die Folgen sind absehbar: Stellenabbau, Druck auf die Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen. Die Erfolge der vergangenen Jahre drohen zunichte gemacht zu werden. Dabei war es auch Ziel der Politik, die Gesundheitsberufe attraktiver zu machen – nicht zuletzt als Konsequenz aus den Erfahrungen in der Corona-Pandemie. Das scheint alles vergessen.

Das Gesetz gefährdet die Versorgung der Bevölkerung. Wenn noch mehr Kliniken und Fachabteilungen aus wirtschaftlichen Gründen schließen, noch mehr Fachkräfte ihren Beruf verlassen, schadet das allen.

Wehren wir uns gemeinsam!

Soziale Schieflage

Sollte das Gesetz so umgesetzt werden, wäre dies ein fundamentaler Paradigmenwechsel: Nicht der Bedarf der Patient*innen, sondern willkürliche finanzielle Vorgaben wären fortan der Maßstab. Hinzu kommt eine krasse soziale Schieflage: Die paritätische Finanzierung, die Arbeitgeber und Beschäftigte zu gleichen Teilen tragen, würde weiter ausgehebelt. Besonders Geringverdienende leiden unter höheren Zuzahlungen und Leistungskürzungen.

Kürzungspaket in der Gesundheitsversorgung: Eine Kampfansage an uns alle

Einnahmen verbessern!

Statt rücksichtsloser Kürzungen braucht die Krankenversicherung strukturelle Reformen, die sie wieder auf eine solide Basis stellen. Und die Bundesregierung muss endlich die Versicherungskosten von Bürgergeldbeziehenden voll erstatten. Bisher stemmen die gesetzlich Versicherten mit rund zwölf Milliarden Euro den Großteil dieser Kosten während sich die privat Versicherten einen schlanken Fuß machen. Die Absicherung von Menschen im Bürgergeldbezug ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss aus Steuermitteln finanziert werden. Dass der Bund hierfür lediglich 250 Millionen statt der nötigen zwölf Milliarden Euro zur Verfügung stellt, ist ein Skandal. Richtig unverschämt wird dies vor dem Hintergrund, dass zugleich der seit 2017 unveränderte Bundeszuschuss an die GKV um weitere zwei Milliarden Euro gekürzt wird. Ein billiger Taschenspielertrick auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung!

Druck machen!

Der Bundestag darf diesen Gesetzentwurf so keinesfalls beschließen. Es braucht jetzt Druck, um die Gesundheitspolitik wieder auf den richtigen Kurs zu bringen. Macht euch mit ver.di für eine faire und solidarische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung stark. Konfrontiert die Bundestagsabgeordneten in euren Wahlkreisen damit, was die Pläne für die Gesundheitsversorgung in der Region bedeuten. Welche Auswirkungen es hätte, wenn die Berufsflicht aus dem Gesundheitswesen wieder Fahrt aufnimmt.

**GKV-Reform und Energiepaket:
ver.di kündigt Proteste an**



 t1p.de/proteste-sparplaene

Schließen wir uns noch enger zusammen, denn genau jetzt brauchen wir eine starke Gewerkschaft:
mitgliedwerden.verdi.de



Beitrittserklärung Änderungsmitteilung

Titel Vorname
 Name
 Straße Hausnummer

Beschäftigungsdaten

Angestellte*r Beamt*innen erwerbslos
 Arbeiter*in Selbstständige*r

Vollzeit Teilzeit Anzahl Wochenstunden:

Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in Praktikant*in
 Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitseinkommen)
 Dual Studierende*r Sonstiges

bis

Ich bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße Hausnummer

PLZ Beschäftigungsort

SEPA-Lastschriftmandat

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.

IBAN
Deutsche IBAN (22 Zeichen)

Ort, Datum und Unterschrift

Vertragsdaten

Land/PLZ Wohnort

Telefon

E-Mail

Branche

ausgeübte Tätigkeit

monatlicher Bruttoverdienst €

Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe

Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensaltersstufe

Monatsbeitrag €

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro. Er wird monatlich zum Monatsende fällig.

Titel/Vorname/ Name Kontoinhaber*in (nur wenn abweichend)

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

Mitgliedsnummer

Ich möchte Mitglied werden ab

0 1 2 0

Geburtsdatum

Geschlecht weiblich männlich divers

Ich wurde geworben durch:

Name Werber*in

Mitgliedsnummer

Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an¹⁾ und nehme die **Datenschutzhinweise** zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift



¹⁾ nichtzutreffendes bitte streichen

